



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

W., P.: Straßburger Brief

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

paßte. Von West und Ost zugleich würde uns alsdann John Bulls sympathische Physiognomie entgegenrücken. Finnland gäben wir natürlich völlig preis. Schweden und Dänemark kämen genau wie Norwegen unter beherrschenden englischen Einfluß und würden der Fähigkeit zu standhafter Neutralität beraubt. Auf Ostseegeltung könnten wir schlankweg verzichten. Und was wäre für unser Verhältnis zu Rußland erreicht? Es ist wahrhaftig schwer verständlich, wie breite Kreise unserer politischen Öffentlichkeit meinen können, das einzige, was uns von dem bürgerlichen Rußland trenne, sei der Friede von Brest-Litowsk. Ist es wirklich nötig, an die elementare Tatsache zu erinnern, daß uns vom russischen Volke außer jenem diplomatischen Ereignis doch sozusagen noch ein Komplex von unübersteiglichen Erlebnissen seelisch trennt, die durch die Namen Tannenberg, Masuren und Gorlice nur zum kleinen Teil bezeichnet sind? Glauben wir, daß im nationalen Ehrgefühl gerade jener bürgerlichen Kreise, die von einer Eroberung Königssbergs und Danzigs träumten, die Erinnerung selber wegzuwischen sei?

Unter dem Gesichtspunkt internationaler Resonanz ist bei unserem Verhalten dem Baltikum gegenüber alle Behutsamkeit erforderlich, da England bekanntlich für „Befreiung der kleinen Völker“ kämpft und in uns den Spezialisten für „Völkerunterdrückung“ sieht, wird es hier die Gelegenheit wahrnehmen, um uns an Hand unserer praktischen Ostpolitik auf weitere Musterleistungen dieser Art vor der Weltöffentlichkeit festzunageln. Wir werden diesem Schicksale nicht entgegen, nicht nur, weil England stets weiteres Beweismaterial seiner propagandistischen Grundthese braucht und folglich auch finden wird, sondern auch nach der ganzen Lage im Osten. Die politische Unreife und die nationalistische Verhegung, in der wir die Letzten und Ersten vorfinden, erfordern gleichermaßen eine feste Hand. Die schmale Linie, die zwischen Tyrannei und schwächlicher Toleranz hindurchführt, ist nicht gerade leicht innezuhalten. Wenn aber auch das unmittelbare deutsche Interesse der beherrschende Gesichtspunkt unserer Behandlung der Ostvölker bleibt, darf doch auch der Gesichtspunkt internationaler Rückwirkung nicht gänzlich außer acht bleiben. Wir haben keinen Grund, England seine Sezpropaganda allzu sehr zu erleichtern.



Straßburger Brief

Sehr geehrter Herr!



hren Wunsch, einen „Aufsatz“ über die neue politische Lage in Elsaß-Lothringen für die „Grenzboten“ zu schreiben, kann ich beim besten Willen nicht erfüllen. Schwerer vielleicht noch wie im Reich läßt sich hier im „Reichsland“ die Volksstimmung übersehen, die letzten Endes dort allein zur verantwortungsvollen Entscheidung berufen sein wird. Während die diplomatischen Verhandlungen zwischen Berlin und Washington hin und her gehen, bleibt das Schicksal Elsaß-Lothringens als „Schicksalsland des Reiches“ in der Schwebe, und selbst die bevorstehende Tagung des elsäß-lothringischen Landtags wird nur Streiflichter auf das Kommende werfen, wenn die Volksvertreter dort nach Schweizer Vorbild ein Referendum über die künftige politische Zugehörigkeit des Landes beantragen. Das Ergebnis dieser angeblich „freien Volksabstimmung“ selbst läßt sich ja in keiner Weise vorhersehen: alles hängt von den Bedingungen ab, unter denen die Entente diesen „Volkswillen“ zum Ausdruck bringen lassen will. Nicht die Parlamentarier in Berlin und Straßburg werden über das Geschick des Reiches, über seine Weltstellung und seine Weltwirtschaft entscheiden: darüber sind bereits im Frühjahr 1918 vor den Toren von Amiens, Hazebrouck und Reims die eisernen Würfel gefallen, wenn künftige Historiker die Weltenswende nicht schon auf den 25. Februar 1916 verlegen, als der siegreiche Angriff

der deutschen Sturmtruppen durch allerlei Zufälligkeiten auf der Panzerfeste Douaumont stotzte.

Gegenüber all diesem Großen erscheint in der Tat das, was sich heute in Straßburg vorbereitet, als ein rechtes Satyrspiel. Und echt komödienhaft wird es durch den Kampf der beiden Führer des elsäß-lothringischen „Parlaments“ eingeleitet, deren Rivalität jüngst auf der Tribüne des Deutschen Reichstags zum offenen Ausdruck gelangte.

Auch die „Elsässer“, besser gesagt „das elsässische Zentrum“, wollten selbstverständlich vor der Welt nicht zurückstehen, als alle die anderen „Fremdvölker“, wie Dänen und Polen dem Deutschen Reich den Eselstritt versetzten. Bei einer Besprechung sämtlicher elsäß-lothringischer Abgeordneter im Reichstag, so berichtet der neue „parlamentarische“ Staatssekretär Gauß, „wurde eine Erklärung vereinbart und festgelegt, welche für das elsäß-lothringische Volk auf Grund der Prinzipien des Präsidenten Wilson das Recht der Selbstbestimmung, also des Volksreferendums“, verlangte.

Diese programmatische Erklärung lautete folgendermaßen:

„Von den ersten Tagen des unglücklichen Kriegs an sind die Augen der Welt mit Spannung auf Elsaß-Lothringen gerichtet geblieben. Der Krieg, welcher die durch den Frankfurter Frieden geschaffenen völkerrechtlichen Beziehungen entzweierte, hat auch die elsäß-lothringische Frage erneut in den Brennpunkt der öffentlichen Erörterungen gerückt und hat den Besitz Elsaß-Lothringens alsbald zu einem Kriegsziel werden lassen.

In den Erörterungen über die Frage ihres eigenen Schicksals hat die Bevölkerung Elsaß-Lothringens bis zur Stunde völlig unbeteiligt bleiben müssen. Das Militärregiment hat jedes politische Leben auf dem Boden des Landes mit rücksichtsloser Vollständigkeit unterdrückt, die Parteiorganisation suspendiert, das Vereins-, Versammlungsrecht und Pressefreiheit aufgehoben und selbst den elsäß-lothringischen Landtag seiner verfassungsmäßigen Rechte beraubt. So ist in vier Jahren jede politische Aussprache und damit auch jede Meinungsbildung und jede Meinungsäußerung zur Unmöglichkeit gemacht worden.

Das Friedensprogramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson, dessen 14 Punkte die Annahme der deutschen Regierung und der Mehrheit des Deutschen Reichstags gefunden haben, macht die Lösung des elsäß-lothringischen Problems zu einer Vorfrage der friedlichen Neuordnung der Welt. Punkt 8 greift zurück auf die Ereignisse des Jahres 1871. Damals hat die große Mehrheit der französischen Nationalversammlung in Bordeaux der Abtretung Elsaß-Lothringens in der Zwangslage des Kriegs zugestimmt. Die Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen haben gegen diese Abtretung Einspruch erhoben. Die fünfzehn ersten Vertreter Elsaß-Lothringens im Deutschen Reichstag haben im Jahre 1874 dem ausgesprochenen Willen ihrer Wähler Folge leistend, folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens, welche ohne darüber befragt worden zu sein, dem Deutschen Reich durch den Friedensvertrag von Frankfurt einverleibt worden ist, sich speziell über diese Einverleibung auszusprechen berufen werde.“

Bei der Beratung des Antrags am 18. Februar 1874 hat der Sprecher der Elsaß-Lothringer, der Abgeordnete Teutsch, sich besonders auf Artikel 286 des Gesetzbuchs des Völkerrechts von Professor Bluntschli (Heidelberg) berufen, der lautet: „Damit die Abtretung eines Gebiets Gültigkeit erlange, muß dieselbe vorerst von den Einwohnern des abgetretenen Gebiets im Besitz ihrer politischen Rechte gutgeheißen werden. Diese Anerkennung darf unter keinen Umständen mit Stillschweigen übergangen oder unterdrückt werden, denn die Bevölkerungen sind keine der Rechte und des Willens bare Sache, die man dem ersten Besten als Eigentum überlassen kann.“

Für diesen ihren Antrag haben unsre Vorgänger in der elsäß-lothringischen Volksvertretung achtungsvolles Entgegenkommen nicht zu finden vermocht. Es war für die Rechtsforderung eines Volksentscheids über eine solche Frage das

mühsenswerte Verständnis nicht vorhanden. Im elsäß-lothringischen Volk hat das Bewußtsein der Vergewaltigung lange fortgedauert und blieb das Gefühl lebendig, daß in Fragen einer Gebietsabtretung nur die Abstimmung der Bevölkerung, der das betreffende Gebiet gehört, wirkliches Recht schaffen kann, das von allen anzuerkennen wäre.

Wenn dieser Anspruch in der Folge nicht fortwährend erhoben wurde, so war es, weil man sich bei den herrschenden Anschauungen der Aussichtslosigkeit bewußt war, und weil die gerechtfertigte Scheu vor dem drohenden Weltkrieg es verbot, in einem Feuer zu schüren, das vielen erkennbar unter der Asche glomm. Elsäß-Lothringen mußte als Grenzland, in klarer Voraussicht der Schrecknisse eines Kriegs, den Frieden wünschen um jeden Preis. Auf dem Boden der durch den Frankfurter Frieden geschaffenen Tatsachen stehend, erstrebten durch viele Jahrzehnte hindurch seine Abgeordneten des Landes Gedeihen, Freiheit und Gleichberechtigung im Rahmen des Deutschen Reichs.

Durch das Friedensprogramm des Präsidenten Wilson ist die Frage der Annexion von 1871 wieder zur Diskussion gestellt. Die Völker und in erster Linie die Bevölkerung Elsäß-Lothringens haben dazu Stellung zu nehmen. Ein Mandat zu einem Votum hierüber haben wir zur Stunde nicht. Wir glauben aber erklären zu können, daß die Bevölkerung Elsäß-Lothringens das Selbstbestimmungsrecht der Völker rückhaltlos anerkennt, auf welches sich die internationale Welt geeinigt hat, und daß sie in der Anwendung dieses Grundsatzes auf die Regelung ihrer eigenen staatlichen Zukunft eine natürliche Rechtsforderung erblickt. Sie nimmt an, daß dieses Recht von keiner Seite mehr bestritten, und daß von keiner Seite für die definitive Neuordnung der Dinge eine Lösung der elsäß-lothringischen Frage angestrebt wird außerhalb jenes Rechtsgrundsatzes.

Elsäß-Lothringen müßte das Schulbeispiel sein für die Anwendung dieser Rechtsanschauung. Es ist zweifellos früher ohne und gegen den Willen seiner Bevölkerung durch staatliche Gewalt Annexionen unterworfen worden. Es fehlt Elsäß-Lothringen die lückenlose historische Zugehörigkeit zu einem der angrenzenden Staatengebilde, seine wechselvolle Vergangenheit, seine sprachliche und völkische Eigenart, die selbständige Gesinnung seiner Bewohner lassen es nicht von Natur und Geschichte als zu integrierenden Bestandteil eines Staatswesens geworden erscheinen. Es kann darum nur ein Plebiszit die friedliche, von niemand weiter zu beanstandende staatliche Existenz Elsäß-Lothringens fest begründen und damit einen Grundstein legen zum Bau des Völkerfriedens.

Soll dieses Ideal verwirklicht werden, so muß, wie Präsident Wilson es fordert, die Lösung im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerung, und nicht als ein Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Stellen getroffen werden.

Soll Elsäß-Lothringen aufhören, der Zankapfel zweier großer Nationen zu sein, deren Sprache und Nationalität von altersher auf seinem Boden nebeneinander vertreten waren, soll es aufhören eine ständige Bedrohung des Weltfriedens zu bilden und auch im Frieden als nichts anderes zu gelten, als ein Glacis gegen den Feind und Aufmarschgebiet für den Kriegsfall, dann darf nicht Waffengewalt und Sieg allein über sein Schicksal entscheiden. Die Bevölkerung, der von Gottes Gnaden und von Rechts wegen das Land gehört, das sie bewohnt, soll darüber entscheiden, wie sie ihre staatliche Zukunft geregelt wissen will, und ihre Entscheidung soll unantastbares Recht schaffen.

Dann müßte die trübe Aera abgeschlossen sein, da die elsäß-lothringische Frage wie ein Alb auf den Völkern lastete. Dann könnte Elsäß-Lothringen die Rolle übernehmen, die seine historische Bestimmung sein muß: das einigende Band zwischen zwei Völkern zu sein, die nur zu oft blutiger Krieg entzweite; die Brücke der Versöhnung zu bilden zwischen zwei Nationen und die friedliche Berührungszone zum Ausgleich zwischen zwei Kulturen, die berufen sind im Wettstreit gemeinsamer Arbeit mitzuwirken zum Heil und Segen der Menschheit."

Wie weit diese Erklärung sachlich berechtigt war, wie viel hier von der

Überschätzung unselbständiger Volksplitter, die der deutsche Partikularismus und das deutsche Weltbürgertum mit einer gewissen Selbstgefälligkeit zur „elsaß-lothringischen Nation“ emporgehoben haben, mißspricht, davon kann und soll an dieser Stelle noch nicht gesprochen werden. Aber charakteristisch für die „Anfänge einer parlamentarischen Regierung“ nicht nur im Reichslande, sondern auch im Reiche selbst ist es doch, daß diese nach bestem Wissen und Gewissen vereinbarte Erklärung im deutschen Parlament nicht abgegeben werde. Der erwählte Sprecher des elsässischen Zentrums hat dafür vielmehr ohne Vorwissen seiner Landsleute, aber scheinbar in ihrem Namen dem Reiche selbst den Fehdehandschuh hingeworfen und eine internationale Regelung verlangt, die nach Lage der Dinge bereits einer Option für Frankreich gleichkommt. Gerade zusammengehalten mit der oben erwähnten „Erklärung“ ist die Rede des Abgeordneten Ricklin bezeichnend genug, um sie nochmals hier abzudrucken, trotzdem sie ja, wie das Wolffsbureau melden mußte, in Berlin bereits „lebhafteste Bestürzung“ hervorrief. „Der Reichskanzler“, so heißt es hier, „hat in seiner gestrigen Rede mitgeteilt, daß ein Elsässer zum Statthalter und ebenfalls ein Elsässer zum Staatssekretär ernannt worden sei. Er fügte hinzu, daß er annehme, daß der neue Statthalter bald ein Regierungsprogramm aufstellen werde. Der Reichskanzler hat es unterlassen, auch nur mit einem einzigen Worte darauf hinzuweisen, was die deutsche Regierung von der Einführung der Reform in Elsaß-Lothringen erwartet oder was sie damit bezweckt. Es wird aber die Annahme berechtigt sein, daß sie mit dieser Aktion eine Einwirkung auf die Stimmung der Elsaß-Lothringer im deutsch-völkischen Sinne erwartet. Wir halten es für unsere Gewissenspflicht, dem deutschen Volke die volle Wahrheit zu sagen, um keine trügerischen Hoffnungen aufkommen zu lassen. Diese Wahrheit lautet: All das, was hier in Berlin und von der neuen Regierung in Straßburg unternommen werden wird, wird in dem nunmehrigen Stadium, in das die elsäß-lothringische Frage eingetreten ist, keine wesentliche Einwirkung auf die Stimmung in Elsaß-Lothringen ausüben können. Durch Annahme der vierzehn Punkte Wilsons ist die elsäß-lothringische Frage zu einer internationalen Frage geworden, deren Lösung dem Friedenskongreß übertragen ist.“

Die vom Reichskanzler gebrauchten Worte, daß die Rechtsfragen nicht halt an unseren Landesgrenzen machen und auch Probleme innerhalb des Reichsgebiets berühren, stützen unsere Auffassung. Da wir sicher annehmen, daß dem von einem sehr großen Teile Elsaß-Lothringens beanspruchten Recht, selbst über ihr politisches Schicksal zu entscheiden, Rechnung getragen werden wird, müssen wir jetzt alles unterlassen, was der freien Willensäußerung in Elsaß-Lothringen vorgehen könnte. Ein Eingreifen in die Verfassungsentwicklung, die man bei uns vor hat, schließt aber eine solche Präjudizierung der freien Willensäußerung ein. Jedenfalls ist sie geeignet, die öffentliche Meinung zu verwirren. Nachdem die elsäß-lothringische Frage auf das internationale Gebiet übergegangen ist, halten wir unser empfangenes Mandat, dem Lande politische Autonomie zu geben, für überholt.“

Man sieht: die vorbereitete Erklärung des elsäß-lothringischen Zentrums und die Rede Ricklins decken sich beim besten Willen nicht. Man stände vor einem Rätsel, wenn nicht die Persönlichkeit des Sprechers im Reichstag eine nur zu ansprechende Lösung gäbe.

Als Abgeordneter des heute in französischer Hand befindlichen Sundgau-Städtchens Dammertkirch war Dr. Ricklin, alter Korpsstudent und Kantonalarzt seines Heimatorts, nach Herkunft, Erziehung und Charakter seit langem der geborene Vermittler zwischen den verschiedenen politischen Schattierungen, die das elsässer Zentrum im Reichstage wie vor allem im Straßburger Landtage zeigte. Aber wie das bei weichen, egoistischen Vermittlernaturen nur zu leicht der Fall ist: in Wirklichkeit wurde er von keiner Seite, weder von den zum Reich schielenden Unterelsässern, noch von den französischenden, ausgesprochenen Nationalisten aus dem Oberelsäß und aus Lothringen für vollwertig angesehen. Vor allem die von ihm im Landtage im Sommer 1917 vor spärlich besetzten

Bänken verlesene gewundene Loyalitätserklärung, auf die ich kürzlich hier hinwies, entzog Ricklin auch die letzten persönlichen und politischen Sympathien, die er als Landtagspräsident eigentlich verkörpern mußte.

Köstlich in ihrer Einfachheit und Schlichtheit und doch mit tausend feinen Nadelstichen geziert ist dazu die Lebensgeschichte, die Abbe Wetterlé vor einigen Monaten erst vom sicheren Zufluchtsort Paris aus von seinem alten Mitkämpfer gab. „Les coulisses du Reichstag“ heißt das Werkchen, worin der alte Spötter Freunde und Gegner, Regierung und Parlament im Reich teilweise einer solch trefflicheren Kritik unterzieht, daß seine Lektüre auch in Berlin allen Politikern herzhafte zu empfehlen ist. Mit einer bereits stark „belasteten“ Vergangenheit, so wird Ricklin hier gezeichnet, kam der junge Eugen nach vollendetem Studium in den heimatischen Sundgau zurück, denn seit seinem zehnten Jahre hatte er unter der Obhut eines Stiefvaters in Bayern eine ganz deutsche Erziehung genossen, von der zahlreiche Schmissse beredetes Zeugnis ablegten.

In der Tat hatte er zunächst auch in Dammertkirch zahlreiche deutschfreundliche Anwandlungen (il faisait étalage de sentiments germanophiles), erschien in seiner Sanitätsoffizieruniform beim Kaisergeburtstagsessen und lebte in ständiger Fehde mit seinem Ortspfarrer. Erst die Heirat mit einer sehr reichen Base, die ihrerseits eine ganz französische Erziehung genossen hatte, übte einen sehr wohlthätigen Einfluß aus (une heureuse influence). Die Notwendigkeit, seine Anschauungen denen seiner künftigen Wähler anzupassen, vollendete die Befehrung: Ricklin wurde regierungsfeindlich und zugleich — fromm! (devint antigouvernemental et . . . on le vit fréquenter les offices religieux de la paroisse). Als die Regierung ihm bald nach seiner Wahl die Bürgermeistergeschäfte von Dammertkirch wieder abnahm, trat der Abgeordnete von Altkirch-Thann in die entschiedenste Opposition.

Trotzdem traute man dem Renegaten nicht eben sonderlich in den „guten“ elsässischen Kreisen. Aber Ricklin selbst verstand es 1911, die Freundschaft des Staatssekretärs Born von Bulach zu gewinnen und damit den Aufstieg zum Präsidium der neuen zweiten Kammer, wo er zunächst seinem Patriotismus überschäumenden Ausdruck verlieh. Im Anfang des Weltkrieges wußte er sich, nach Wetterlé, nicht genug zu tun in franzosenfeindlichen Reden, holte seine sorgfältig im dunklen Winkel aufbewahrte Uniform wieder hervor und suchte sich liebes Kind bei den Militärbehörden zu machen.

„Ricklin est sornois“, so schließt das von Wetterlé entworfene Lebensbild, „madré, mais également brutal. D'une ambition démesurée, d'une avarice sordide, il ne recherche que l'honneur et l'argent. Pour se les procurer, il passe facilement sur le corps de ses meilleurs amis. De tous les ralliés il est certainement le plus odieux“. (Ricklin ist ein schlauer, tückischer, zugleich brutaler Bursche. Ueber die Mäzen ehrgeizig, dazu schmutzig geizig, strebt er nur nach Ehren und Geld. Um ihrerwillen geht er schonungslos über seine besten Freunde hinweg. Von allen dem Vaterland wieder Zugeführten ist er der verhassteste.)

Diese Charakteristik „von Freundeshand“ sollte man auch im Reich berücksichtigen, wenn man die Rede Ricklins ihrem moralischen Werte nach richtig einschätzen will. Denn gerade die brutale Art, wie Ricklin diese feierlich beschlossene „Erklärung“ des elsässischen Zentrums beiseite schob, um eine eigene Kriegsanfrage in die Welt hinauszuschleudern, muß man wohl oder übel ebenfalls auf persönliche Beweggründe zurückführen. Als Landtagspräsident stand der Abgeordnete des Wahlkreises Altkirch-Thann außerhalb der elsäß-lothringischen Parteien. Nach überliefertem parlamentarischen Brauch mußte die Regierung ihn also übergehen, als sie Parteivertreter an die Spitze der Verwaltung berief. Sie ernannte den nominellen Führer der stärksten Fraktion im Landtage, den Buchdruckereibesitzer Karl Haug zum Staatssekretär und — stieß damit den ehrgeizigen Ricklin so vor den Kopf, daß dieser in ein Wutgeheul ausbrach, das heute als „Programm des elsäß-lothringischen Volkes“ durch die Welt geht!

Inzwischen hat auch der sozialdemokratische Abgeordnete für Straßburg, Bernhard Böhle, weitere Aufklärung über das Verhalten Ricklins gegeben: „Danach hat Dr. Ricklin die Abwesenheit des Herrn Hauß, der mit den übrigen elsäß-lothringischen Abgeordneten eine — von Dr. Hägy zu verlesende — Erklärung vereinbart hatte, benutzt, um in seinem Sinn auf die Abgeordneten einzuwirken, was ihm auch insoweit gelang, daß er seine, von der vereinbarten abweichende Erklärung im Namen der Herren Hägy, Levêque, Dr. Schaz und Thumann (sämtlich ausgesprochene Nationalisten und Gefolgsleute Wetterlé's) abgeben konnte. Böhle fügt hinzu: „Über das Verhalten Dr. Ricklings war ich um so mehr erstaunt, da doch bekannt war, daß er, Ricklin, einige Tage vorher Reichsbeamten gegenüber ein echt deutsches Bekenntnis abgegeben hatte und andre elsäß-lothringische Reichstagsabgeordnete als Französlinge bei der Regierung denunzierte. Mehr will ich heute nicht sagen; man kann ruhig der Bevölkerung es überlassen, über das Verhalten des Herrn Ricklin ein Urteil zu fällen.“

Auch Hauß empfängt von Freund Wetterlé seine Note, und vielleicht ist es Ihnen in Berlin auch ganz interessant, in welchem Lichte der jetzige Leiter der reichsländischen Regierung dem Wortführer der elsäßischen Hochverräter erscheint. Einem kurzen Bericht über den Lebens- und Entwicklungsgang des aus kleinen Verhältnissen stammenden Parlamentariers folgt folgende Zeichnung seines politischen Charakters: „Encore est-il juste de reconnaître que, tout en donnant parfois des gages à un gouvernement, qui savait exploiter les difficultés financières, dans lesquelles, prodigue à l'excès, il se débattait constamment, il n'abdiqua j'amaís complètement son indépendance et sut rester un bon Alsacien, même aux heures les plus difficiles.“ (Nimmerhin darf man anerkennen, daß Hauß trotz mannigfacher Verbeugungen vor einer Regierung, die seine häufigen finanziellen Schwierigkeiten wohl auszunutzen verstand, doch nie völlig seine Unabhängigkeit verleugnete und selbst in schweren Stunden ein „guter Elsässer“ geblieben ist.) — „Notable und Parlamentarier unter sich!“ möchte man das unerquickliche Bild überschreiben, das hier die Kaszbalgereien im Schicksalsland des Reiches bieten, spiegelte sich nicht eben im Geschick Elsäß-Lothringens in so unübertrefflicher Schärfe auch das Schicksal Deutschlands selbst! Wir stehen vor einem Scherbenhaufen, hat der Abgeordnete Gothein, anknüpfend an die sogenannte „Erklärung“ des „Elsässers“ Ricklin gesagt und glaubte damit die „Regierung“ zu treffen. In Wirklichkeit hat er nicht einzelnen Beamten und der „Methode“ das Urteil gesprochen, sondern dem deutschen Volke insgesamt, als dessen Vertreter auch der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei ebensogut für das verantwortlich ist und bleibt wie der radikalste Konservative! „Wir stehen vor einem Scherbenhaufen!“ — Aber die beiden Elemente, die das Werk Bismarcks als Torso stehen ließen und seine Fundamente unterhöhlten, daß es dem Druck des Weltkrieges nicht standhielt, sind Weltbürgertum und Kantönligeist. Und beide sind nicht zum wenigsten durch den Freisinn und die ihm nachfolgenden herangezogen worden. Statt von innen heraus die Mauern des Reiches zu versteifen und neue Klammern einzuziehen, mußten noch im Kampf gegen eine Welt von Feinden die alten Figuren, die den Bau einst trugen, immer feiner und subtiler ausgemeißelt werden, bis sie der auf ihnen ruhenden Last eben nicht mehr gewachsen waren. — Statt Elsäß und Lothringen auch politisch immer enger mit dem Reich zu verbinden, aus dem Begriff des „Reichslandes“ den Einheitsstaat oder zum wenigsten ein Großpreußen als Kern und Stock Deutschlands zu entwickeln, um im Kern Mitteleuropas allen Stürmen troßen zu können, wußten schon die Fortschrittler von 1871 kaum laut genug die Verbekraft des deutschen Partikularismus zu rühmen, dessen Früchte wir heute ernten.

Sobald es die Weltverhältnisse gestatten, soll die Artikelreihe, die ich jüngst in den „Grenzboten“ über die „Ideale und Irrtümer der elsäß-lothringischen Frage“ veröffentlichte, im Verlag von Karl F. Trübner in Straßburg in erweiterter Buchform erscheinen. Dann wird es Zeit sein, im Rückblick auf die allernächste Vergangenheit auch die nationalen und internationalen Kräfte aufzu-

zeigen, die an der Zertrümmerung des „Reichslandes“ ebensogut beteiligt sind, wie an seiner Aufrichtung. Heute ist die Stunde dazu noch nicht gekommen. Noch wehrt sich das Reich!

Aber noch immer wissen tausende und abertausende in Altdeutschland nicht, was unten am Oberrhein für sie alle, Arbeiter und Unternehmer, Bürger und Bauern, an militärischen, politischen und vor allem an wirtschaftlichen Werten auf dem Spiele steht! Einen kleinen Beitrag zu diesem Problem soll ein Büchlein geben, das soeben ebenfalls im Trübnerschen Verlag erscheint und die Frage beantwortet will: „Was besitzt das Reich an Elsaß-Lothringen; was verliert es mit ihm?“¹⁾ Jenseits aller Kritik am Gegenwärtigen und Vergangenen möchte es das Verständnis für die überaus wichtige Stellung wecken, die Elsaß und Lothringen heute in Deutschlands Volks- und Weltwirtschaft einnimmt. Findet dies Büchlein Verständnis und Leser, so wiegt es wohl ein Duzend „Aufsätze“ und „Briefe“ auf, die ihrem Inhalt und Umfang nach doch immer nur über einzelne Personen und Zustände im Reichsland berichten können und damit immer in Gefahr sind, die Lust und Liebe im Reiche selbst für die Grenzmark des Westens zu erlöten. Überschrift und Mahnung für all unser Denken und Fühlen muß sie daher gerade jetzt mehr denn je sein: „Elsaß-Lothringen ist das Schicksalsland Deutschlands!“

26. Oktober 1918.

p. w.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Raleidoskop. Man kann heute kaum mehr über politische Dinge schreiben, es sei denn im Augenblick für den Augenblick. Was heute gilt, ist morgen zum alten Eisen geworfen. Heute rast das Rad der Geschichte. Die Schnelligkeit der Umdrehung ist so groß, daß wir die einzelnen Ereignisse kaum mehr sehen. Da das Rad aus der gesetzmäßigen Kurve herausgeschleudert ist, überall Abhänge drohen und sich Lawinen des Gedankens und der Tat anballen können, die die Anfangsbewegung vervielfachen und neue Richtungen bedingen müssen, so läßt sich nichts voraus-sagen, auch darüber nicht, wer schließlich unter den Rädern liegen wird.

Im Engpaß. Was ziemlich sicher ist, ist unsere eigene Lage. Unsere Bundesgenossen haben uns verlassen oder stehen im Begriffe dies zu tun, teils willensmäßig, teils weil die Ereignisse so auf sie selbst einwirken, daß ihr Auflösungsprozeß sie als Handelnde auf der Weltbühne momentan ausschaltet. Wir sind also jetzt ganz allein geblieben — in einem Engpasse, aus dem wir nicht mehr heraus-

kommen, oder wenigstens zurzeit keinen Ausweg sehen gegenüber auf uns zustürmenden Gewalten, die uns ans Leben wollen.

Die Politik hört in solcher Lage so ziemlich auf. Wir haben wenig Figuren, mit denen wir operieren können. Es sind nur noch Gedankenoperationen, die wir machen können, und diese müssen wir sehr schnell machen, denn die Zeit drängt.

Militärische Bilanz. Wenn wir die Bilanz des Momentes ziehen, so sehen wir folgendes. Auf der militärischen Bühne sind wir so stark, als wir selbst den moralischen Mut haben, stark sein zu wollen. Der Kriegsminister hat im Reichstage gesagt: „Das Heer ist nicht geschlagen, die Heimat ist nicht zusammengebrochen, überall sind Kräfte vorhanden, uns zu erfolgreichem Widerstand zu befähigen“. Er ist deswegen heftig angegriffen worden. Man fürchtet, daß es wieder nicht zum Frieden kommen könnte. Das ist eine ungerechtfertigte Furcht; denn wie wir sehen, tut unsere Regierung alle Schritte, um energisch jedes Hindernis zum

¹⁾ P. Wenzke, „Was ist Elsaß-Lothringen dem Reich?“ Preis 0,80 M.